

Resolutionsvorschlag der Fachschaftsgruppe
Biologie

zum Vermögensbeirat

für FBR Biologie

Nicht von ungefähr entwickelte sich an den deutschen Hochschulen ein entschiedener Protest gegen das HRG und dessen Umsetzung in die Landesgesetze. Auch das LHG in Hessen sieht einige Punkte vor, die ein fachlich fundiertes Studium, in dem Lerninhalte reflektiert werden können, so gut wie unmöglich machen.

Unser Fachbereich bekam diese Umstände schmerzlich zu spüren, als der Zentrale LuSt-Ausschuß das Studium der Biologen einfach auf 200 Semesterwochenstunden zusammenstreichen wollte, ohne sich näher mit den Lerninhalten eines Biologiestudiums zu befassen.

Bei der Diskussion darüber, wie man solche, von zentraler Stelle wohl nur wenig überdachte Maßnahmen verhindern kann, beteiligen sich schon seit geraumer Zeit alle Gruppen im Fachbereich.

Doch jetzt steht ein neuer Punkt ins Haus: Wieder wird versucht, die innere Struktur der Hochschule zu verändern. Die Einsetzung eines Vermögensbeirates soll es ermöglichen, daß der Kanzler, in Vertretung des Kultusministers in die Finanzgeschäfte der Verfaßten Studentenschaft eingreifen kann.

Ein solches Vorgehen würde die in letzter Zeit sehr fruchtbare Arbeit der Studentenvertreter auf zentraler Ebene und auf Fachbereichsebene über kurz oder lang zunichte machen.

Deshalb möge der Fachbereichsrat Biologie folgende Resolution beschließen:

Wie auch die Zurückstufung des Umfangs des Biologiestudiums auf 200 SWS bedeutet die Einführung eines Vermögensbeirates eine weitere Reglementierung der Hochschule.

Eine Finanzaufsicht über die Gelder der Studentenschaft blockiert die Arbeit der Interessensorgane.

Die hieraus sichtbar werdende Tendenz, die Hochschule in immer weiteren Maße staatlichen Kontrollen zu unterwerfen, widerspricht den Interessen aller Hochschulangehörigen.

Der FBR Biologie hält den Vermögensbeirat als Kontrollorgan für studentische Gelder für überflüssig. Studentische Gelder sollen auch von Studenten kontrolliert werden.

Der FBR Biologie unterstützt die Forderung nach Recht auf freie und unabhängige Organisierung an der Hochschule und ruft den Konvent auf, sich gegen die Einrichtung des Vermögensbeirates und gegen die staatliche Kontrolle der studentischen Gelder auszusprechen.